Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,8 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 0 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigenpreis für die neungespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 24. | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | Dienstag, den 10. Februar 1925 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Fünf Mutterschafe zugelaufen.

Bergfelde, den 9. Februar 1925.

Der Amtsvorsteher. Bors.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeinde-Vertreter-Sitzung.

Am Mittwoch, den 11. Februar d. Js., nachmittags 7½ Uhr, findet im Sitzungssaale, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindeverordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Formelle Beschlußfassung über:
   a) Annahme eines Angebotes über ein festes Darlehen von 14 000 R.-Mk.,
   b) Beschaffung eines Kredits von 10 000 R.-Mk. bei der Kreis-Sparkasse.
   c) Beschaffung eines Kredits von 100 000 R.-Mk. von der Brandenburgischen Girozentrale.
2. Beschlußfassung über Neubefestigung der Schönfließerstraße und eines Teiles der Bahnstraße, sowie Befestigung der verlängerten Franzstraße.
3. Beteiligung an den Kosten der Steinpflasterung der Hauptstraße zwischen Sedan- und Blücherstraße.
4. Antrag auf Anschluß an das Fernsprechnetz Groß-Berlin.

Was gibt es Neues.

— Nach dem „Temps" soll die Uebergabe des Schlußberichtes der Kontrollkommission an diesem Montag erfolgen.

— Reichskanzler Dr. Luther wird am Dienstag in München erwartet.

— Das Urteil im Auerprozeß soll am 17. Februar vormittags verkündet werden.

— Der neue türkische Botschafter in Paris, Djevad Bey, hat dem Präsidenten Doumergue sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

— Im Barmat-Ausschuß des Preußischen Landtages kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden Deerberg und Ministerialdirektor Falk, in dessen Verlauf Deerberg den Vorsitz niederlegte.

Das Rätselrat n um den preuß. Ministerpräsidenten.

Nachdem es Herr Horion abgelehnt hatte, die Kabinettsbildung in Preußen zu übernehmen, sollte der frühere Reichskanzler Dr. Marx den Versuch unternehmen, gestützt auf die Weimarer Koalition, eine Regierung zustande zu bringen. Auch Marx scheint den an ihn ergangenen Ruf ablehnen zu wollen. Nun wird die Nachricht bestätigt, daß der Zentrumsabgeordnete Joos ernstlich als preußischer Ministerpräsident in Frage kommt. Joos war der Spitzenkandidat des Kölner Zentrums und steht auf dem linken Flügel des Zentrums in enger Nachbarschaft mit Wirth und Imbusch. Er ist vor allem auf sozialem Gebiet ein scharfer Gegner des „Bürgerblocks" und hat sich wiederholt öffentlich mit aller Energie zur republikanischen Staatsform bekannt. Seine Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten würde die trennenden Gegensätze innerhalb des Zentrums noch verschärfen. Aber anscheinend erleidet er dasselbe Schicksal wie sein Vorgänger Braun, das heißt, er würde wohl im Landtage zum Ministerpräsidenten gewählt werden können, aber eine Regierung, die eine tragfähige Mehrheit hinter sich hätte, könnte er auch nicht bilden, da die Konstellation keine andere geworden ist.

Optimismus in Paris.

Günstiger Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen.

Der Pessimismus der Pariser Blätter in der Frage der Wirtschaftsverhandlungen ist neuerdings einem bemerkenswerten Optimismus gewichen. Den Umschwung soll eine zweistündige Unterredung gebracht haben, die Staatssekretär Trendelenburg am Freitag mit Raynaldi hatte. Nach dem „Petit Parisien" sei der Entwurf eines provisorischen Abkommens in seinen Umrissen fertiggestellt worden. Mit der Abfassung des Textes hätten die Sachverständigen begonnen. Wahrscheinlich würden die vorbereitenden Arbeiten einige Tage in Anspruch nehmen

Wie das Blatt weiter meldet, hält Trendelenburg daran fest, daß vor der Unterzeichnung eines provisorischen Abkommens unzweideutige Aufschlüsse über die Bestimmungen des endgültigen Handelsvertrages erteilt werden. Der französische Handelsminister scheine auch bereit zu sein, Trendelenburg die erbetenen Garantien für das endgültige Abkommen zu geben. „Avenir" meldet ergänzend, daß der Handelsminister dem deutschen Unterhandlungsleiter den Entwurf eines modus vivendi vorgelegt habe, der auch die Grundsätze enthalte, nach denen die Besprechungen für die Ausarbeitung eines endgültigen Handelsvertrages fortgesetzt werden sollen.

Die Finanzlage der Gemeinden.

Der Städtetag zur Frage des Finanzausgleichs.

Der deutsche Städtetag, der in Berlin eine Hauptausschußsitzung abgehalten hat, veranstaltete im Anschluß daran im Berliner Rathaus einen parlamentarischen Abend. Oberbürgermeister Böß begrüßte die Erschienenen, und ganz besonders den Reichskanzler Dr. Luther, der als früherer Geschäftsführer des Deutschen und Preußischen Städtetages und als Oberbürgermeister von Essen das ganz besondere Vertrauen der deutschen Städte genieße. Oberbürgermeister Böß ging kurz auf die wichtige Frage der Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ein und wies eindringlich auf die schwere Not der deutschen Städte hin.

Reichskanzler Dr. Luther

gab in seiner Erwiderung dem Wunsch Ausdruck, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen über einen gerechten Finanzausgleich mit Eifer zu einem guten Ende geführt werden sollten und erwähnte, daß ein entsprechender Gesetzentwurf gerade jetzt ihm als Reichskanzler vom Reichsfinanzminister überreicht worden sei.

*

In der Sitzung des Hauptausschusses gelangte zu der Frage des Finanzausgleichs eine Entschließung zur Annahme, in der der Auffassung widersprochen wird, daß die finanzielle Lage der Gemeinden günstiger sei als die des Reiches und der Länder. Weiter wird u. a. die Wiedereinführung der kommunalen Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Körperschaftssteuer gefordert.

Ein Beschluß des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages.

Die im Berliner Rathaus erneut aufgenommenen Beratungen des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages erstreckten sich besonders auf den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Nach eingehender Aussprache faßte der Ausschuß fast einstimmig folgende Entschließung.

„Als unvermeidbare Hilfsmaßnahme im Kampf gegen die Wohnungsnot kann die Wohnungszwangswirtschaft erst mit dieser völlig fallen; eine voreilige Abschüttelung des Zwanges würde gemeinschädliche Folgen haben. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft auf dem Wege allmählicher Lockerung und schrittweisen Abbaues bleibt jedoch das Ziel; schon jetzt ist das Zwangsrecht insoweit aufzuheben, als es sich als schädliche Ueberspannung erwiesen hat. Eine Beseitigung der Wohnungsnot ist nur möglich durch Neuherstellung von Wohnungen bei gleichzeitiger Behütung des Verfalles alter Wohnungen.

Um diese Aufgaben planmäßig zu lösen, ist den Gemeinden eine Mietzinsabgabe in Höhe von 20 Prozent der Friedensmiete auf zunächst fünf Jahre durch Reichsgesetz zuzuweisen, ohne dabei die den Gemeinden für allgemeine Zwecke zustehenden Einnahmen zu kürzen. Gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebsräume dürfen von der Steuer nicht ausgenommen werden."

Zwischenfall im Barmat-Ausschuß.

Der Vorsitzende, Dr. Deerberg, legt sein Amt nieder.

In der Sitzung des preußischen Untersuchungsausschusses in der Barmat-Angelegenheit kam es am Sonnabend bei der Vernehmung des Zeugen-Ministerialdirektors Falk zu einigen Zwischenfällen. Mehrere Mitglieder warfen dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Deerberg (Dntl.) vor, daß er an den Zeugen inquisitorische Fragen richte. Es wurde ein Mißtrauensantrag gegen Dr. Deerberg eingebracht. Der Verhandlungsleiter erklärte daraufhin, daß er es nicht zu einer Abstimmung kommen lassen wolle, sondern das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden niederlege.

Wie Barmat zu der Handelserlaubnis kam.

Ministerialdirektor Dr. Falk, der frühere Chef des preußischen Landespolizeiamts, wiederholte bei seiner Vernehmung, daß er 1919 der Rechtsauffassung war, daß Barmat auch für die von der Regierung angeordneten Lebensmittelgeschäfte eine Großhandelserlaubnis hätte haben müssen. Nicht bloß der Wirtschaftsminister Schmidt, sondern auch die Mehrzahl aller Dezernenten seines Ministeriums seien damals freilich anderer Auffassung gewesen. Er habe an der Meinung festgehalten und den Reichsminister Schmidt darauf hingewiesen, daß, wenn die Reichsstellen ohne die erforderlichen Unterlagen eine Handelserlaubnis erteilten, das geradezu Anstiftung zu einer unerlaubten Handlung sei.

Nach einigen Fragen des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Deerberg (Dntl.) bemerkte der Zeuge Falk, daß er gehört habe, daß die Berliner Handelskammer die Erteilung der Handelserlaubnis an die Firma Gebrüder Barmat befürwortet hat und daß ihr auf Grund dieser Befürwortung die Erlaubnis erteilt worden ist.

Der frühere Reichsminister Wissel als Zeuge.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Wissel hatte dem Untersuchungsausschuß mitgeteilt, daß er als Wirtschaftsminister niemandem, auch nicht Barmat, die behaupteten Ein- und Ausfuhrgenehmigungen erteilt habe. Er stelle sich zur Vernehmung zur Verfügung. Daraufhin ist der Abg. Wissel als Zeuge geladen und vernommen worden. Bei seiner Vernehmung wiederholte er seine schriftlich abgegebene Erklärung mit der Begründung, daß der Kommissar für Ein- und Ausfuhr für derartige Genehmigungen zuständig gewesen sei.

Die Verhandlungen im Reichstagsausschuß.

Einspruch des preußischen Justizministeriums.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags teilte der Vorsitzende Saenger (Soz.) mit, daß der preußische Justizminister in einer Zuschrift an ihn erklärt, daß in der Strafsache gegen Kutisker, Barmat und Genossen von ihm der Staatsanwaltschaft keine Anweisung erteilt worden sei, ohne seine Genehmigung die Untersuchung auf neue Fälle nicht auszudehnen. Zur näheren Begründung dieser Mitteilung wies ein Ministerialdirektor aus dem preußischen Justizministerium darauf hin, daß die in den Strafsachen gegen Kutisker und Genossen und gegen Barmat und Genossen tätigen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte im Justizministerium darum gebeten haben, bei den Untersuchungsausschüssen des Reichstages und Landtages zur Sprache zu bringen, daß die Verhandlungen dieser Ausschüsse eine Gefährdung des Ganges der Strafverfahren bedeuten. Das Justizministerium hat sich der Berechtigung dieses Vorbringens nicht verschließen können. Die Verhandlungen der Ausschüsse sind öffentlich. Es besteht für die am Verfahren Beteiligten die Möglichkeit, entweder den Verhandlungen selbst beizuwohnen oder den Hergang der Verhandlungen durch Dritte verfolgen zu lassen. Das alles birgt

die Gefahr der Verdunkelung

in sich. Tatsächlich ist auch in einer wichtigen Frage bereits eine Verdunkelung des Tatbestandes beobachtet worden. Auch bei Ausschließung der Oeffentlichkeit würde die Gefahr bestehen bleiben, daß durch Mitteilung der Vernommenen über ihre Aussagen und ihre Wahrnehmungen die gerichtliche Aufklärung vereitelt wird. Das Justizministerium regt daher an, die Verhandlungen des Ausschusses so lange auszusetzen, bis die Untersuchung soweit gefördert worden ist, daß die Gefahr einer Verdunkelung des Tatbestandes nicht mehr besteht.

Auf Befragen vom Vorsitzenden teilte der Berichterstatter vom preußischen Justizministerium mit, soweit es sich um Tatbestandsfragen handele, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Auf weiteres Befragen gab er an, daß eine ähnliche Aufforderung an den preußischen Untersuchungsausschuß bis jetzt nicht ergangen sei.

Der Ausschuß beschloß die Beweisaufnahme über die Postkredite auszusetzen und vertagte sich dann.

Schwere Angriffe gegen Dr. Falk.

Die Aussagen des Kriminaloberinspektors Klinghammer.

Bei seiner weiteren Vernehmung gab Abgeordneter Wissel an, daß im November eine von ihm ausgestellte Ausfuhrerlaubnis nicht beschlagnahmt sein konnte, da derartige Bewilligungen nur drei Monate Gültigkeit hatten; er wäre aber schon im Juli aus dem Amte geschieden.

Auf die Frage des Verhandlungsleiters an Kriminaloberinspektor Klinghammer, ob er sich genau erinnere, eine Einfuhrbewilligung beschlagnahmt zu haben, erklärte der Zeuge, es habe sich um ein Schreiben mit der Unterschrift des Ministers gehandelt, in dem von einer Einfuhrerlaubnis die Rede gewesen sei. Weiter erklärt der Zeuge, daß er aus dem Vorgehen des Ministerialdirektors Falk den Eindruck gewonnen hätte, daß im Falle Barmat bewußt die Exekutive an der Weiterverfolgung einer Sache gehindert wurde.

Dr. Falk widersprach dem sehr eingehend.

Der Ausschuß beschloß dann die Ladung der Leiter der Reichsfleisch- und Fettstelle und vertagte sich auf Montag.

Bestellungen auf unsere Zeitung für den Monat Februar nehmen noch alle Postämter sowie die Briefträger täglich entgegen. — Bereits erschienene Nummern werden nachgeliefert.